

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title.

Der Euro braucht ein Parlament

Für eine Avantgarde von Demokratie und Solidarität

MICHAEL ROTH
November 2011

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Mitnichten markiert der Gipfelmарathon im Oktober das Ende der Krise, in der sich die Europäische Union derzeit befindet. Nach monatelangem Durchwurschteln und unzähligen Kehrtwenden der deutschen Bundesregierung sind erste Schritte zur Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise getan. Ein Schuldenschnitt für Griechenland und die Absicherung möglicher Folgen durch eine bessere Kapitaldecke der Banken sind längst überfällige Schritte, zu denen sich die Staats- und Regierungschefs zuletzt durchgerungen haben. Grund zum Aufatmen gibt es in Europa dennoch nicht. Die Krise der Europäischen Union wird durch diese Beschlüsse noch nicht gebannt: Die Banken und Finanzmärkte sind zügig zu regulieren. Die Europäische Union steht in der Pflicht, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion duldet keinen Aufschub mehr. Allein der Export der deutschen Stabilitätskultur wird nicht helfen. Um eine stärkere Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu erzielen, bedarf es vielmehr Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Den Lippenbekenntnissen der Staats- und Regierungschefs müssen Taten folgen. Dann kann es gelingen, die Europäische Union krisenfester zu gestalten. Demokratiefest ist sie dadurch noch nicht.

Angesichts der tiefen Krise ist es derzeit fraglich, ob das Europa von heute in einer globalisierten Welt seine politische Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen vermag. Wieder einmal ist der Streit darüber entbrannt, ob Europa neue Kompetenzen braucht oder sich die Staaten in ihre nationalen Kokons zurückziehen. Die Erwartungshaltung der internationalen Partner, aber vor allem der europäischen Bürgerinnen und Bürger, ist groß. Die Europäische Union darf nicht länger warten. Es geht um ihre Existenzberechtigung. Damit der Ruf nach mehr Europa nicht folgenlos verhallt, muss die europäische Politik Handlungsfähigkeit und demokratische Verantwortung beweisen.

Welche Antworten bietet sie hierfür in einer globalisierten und hochvernetzten Welt an?

Die Globalisierung durch Europa gestalten

Dabei gilt: Wer mehr Europa ablehnt, hat die Globalisierung nicht verstanden. Sie demokratisch, sozial und nachhaltig zu gestalten, überfordert die europäischen Klein- und Mittelstaaten des 21. Jahrhunderts. Auch und ganz besonders Deutschland! Als Friedensmacht hat sich Europa bewährt. Staaten, die sich über Jahrhunderte hinweg mit Krieg und Leid überzogen haben, lösen ihre Probleme politisch, diplomatisch, zivil. Und das seit über sechs Jahrzehnten! Aber dieser historisch einzigartige Erfolg trägt heute nicht mehr weit. Die Erzählung des europäischen Integrationsprojektes im 21. Jahrhundert lautet: Wir kapitulieren nicht vor der Globalisierung, wir gestalten sie! Nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch der Schutz von Klima und Umwelt, die gerechte Teilhabe aller am Wohlstand, weltweite Migration und die Bedrohungen durch einen international agierenden Terrorismus zwingen zu gemeinsamem Handeln.

Seit 1925 hat die deutsche Sozialdemokratie ein mutiges Ziel vor Augen: das der Vereinigten Staaten von Europa. Derzeit entfaltet diese Vision auch außerhalb der SPD ihre Reize. Überzeugte europäische Föderalisten dürfen sich jedoch nicht länger vor unbequemen Wahrheiten drücken. Es mangelt weniger an den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen als an der Kraft und am konkreten Willen, diesen Sprung vom Staatenverbund zum Bundesstaat zu vollziehen. Überzeugte Europäerinnen und Europäer müssen den Mut haben, an dieser Vision festzuhalten, selbst wenn es in Deutschland perspektivisch hierfür einer Volksabstimmung über ein neues Grundgesetz bedarf. Aber wie weiter bis dahin?

Hinter dem von viel Skepsis und nationaler Rückbesinnung geprägten Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes muss man sich gar nicht verstecken. Bereits der lange, immer zäher und mühseliger geführte Stellungskampf um die Europäische Verfassung hat gezeigt: In einer heterogener gewordenen EU der 25, 27, gar 30 ist mit den herrschenden Regeln des Konsenses und der Einstimmigkeit nicht viel mehr zu bewerkstelligen. Erst recht nicht mit einem demokratischen Defizit, das das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union, aber auch in die Politik als Ganzes schwächt. Eine bittere Erkenntnis. Daran dürfte auch die derzeit dramatische Lage kaum etwas ändern.

Eine Krise der Solidarität und der Demokratie

Die Krise ist schon lange nicht mehr eine Krise überschuldeter Staaten, die sich an den Märkten nicht zu refinanzieren vermögen. Es ist eine Krise der Solidarität und der Demokratie. Deutsche Politiker surfen auf einer Welle des Boulevards, indem sie bekunden, nicht länger Zahlmeister Europas sein zu wollen. Ein italienischer Regierungschef irrlichtert von einem Skandal zum nächsten. Ungarn droht den Weg in eine Autokratie einzuschlagen. Belgien verfügt seit über einem Jahr über eine abgewählte, aber keine gewählte Regierung. Die Slowakei weigert sich, den Griechen zu helfen. Finnland initiiert einen Eiertanz um die Absicherung von Krediten an verschuldete Euro-Länder. Deutschland hat jedes Recht verspielt, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Es würden sonst 26 auf uns zurück weisen. Wer als größter Profiteur des Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung so kleinkrämerisch, kaltherzig und egoistisch auftritt wie die Bundeskanzlerin und ihr Kabinett, verspielt jede Autorität und Reputation in der EU. Führung sieht wahrlich anders aus!

Diese Entsolidarisierung in Europa geht einher mit einer Solidarisierung einer jungen Generation auf dem ganzen Globus. Es sind nicht mehr allein die jungen Spanier und Griechen, die gegen Sozialkürzungen und Jugend Arbeitslosigkeit demonstrieren. Auch in anderen europäischen Metropolen nehmen die Proteste zu, weil die jungen Menschen in der Politik nur noch den Handlanger von Banken und Finanzmärkten sehen. Wir können uns nicht erlauben, dass diese junge Generation ihr Vertrauen in die EU, in die Politik und die Demokratie gänzlich verliert. Aber wen wundert es? Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen ist in einigen europäischen Ländern be-

schämend hoch! Ein der Solidarität verpflichteter Wohlstandsraum darf sich das nicht leisten. Die jungen Menschen mit Europa zu versöhnen, heißt auch, ihre Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse konkret zu verbessern.

Leider ist die europäische Wirklichkeit derzeit eher düster: Die Chancen für eine notwendige grundlegende Reform der Verträge gehen auf absehbare Zeit gegen Null. Und auch wenn sich die Staats- und Regierungschefs (inklusive des britischen Premierministers) wider Erwarten auf eine große Vertragsrevision verständigen könnten, ein neuer Konvent tagte und er zu weitreichenden Ergebnissen käme, würde vermutlich irgendein gescheitertes Referendum dem ganzen endgültig den Todesstoß versetzen. So darf das Projekt Europa nicht enden!

Intergouvernementales »Weiter so« oder differenzierte Integration?

Nüchtern betrachtet ergeben sich damit zwei Optionen: das intergouvernementale »Weiter so« oder die differenzierte Integration. Seit Ausbruch der Krise wurschtelt die EU vor sich hin. Die Staats- und Regierungschefs ziehen immer mehr Entscheidungen an sich – zu Lasten der EU-Institutionen und der Demokratie. Die Kommission ist faktisch nur noch ausführendes Organ des Europäischen Rates. Ob die von Kommissionspräsident Barroso angekündigte Stärkung der Rolle des Währungskommissars daran etwas grundlegend zu ändern vermag, ist fraglich. Das Europäische Parlament spielt bei den Verabredungen auf den Gipfeln – wenn überhaupt – eine Nebenrolle. Die nationalen Parlamente können diese schleichende Schwächung der demokratischen Legitimation schwerlich kompensieren. Die parlamentarische Demokratie steht zur Disposition.

Aus dem Lissabon-Vertrag und den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes geht der Deutsche Bundestag zwar gestärkt hervor. Als auf die innerstaatliche Kontrolle von Regierungshandeln angelegtes Organ ist er aber tendenziell überfordert, ein Europa der Regierungen demokratisch abzusichern. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Unionsmethode durchgesetzt und damit die Vorrangstellung der nationalen Regierungen zementiert. Die bisherige Bilanz fällt katastrophal aus. Alle Versuche, die Staatsschuldenkrise konsequent und nachhaltig zu lösen, sind gescheitert. Die Vorbehalte der nationalen Parlamente, nicht nur des Deutschen Bundestages, wachsen.

Im Eiltempo werden immer wieder aufs Neue als alternativlos bezeichnete Rettungspakete durch die Parlamente gepeitscht. Deren Folgen sind für das europäische und nationale Handeln kaum absehbar. Der Parlamentsmotor läuft derart hochtourig, dass ein »Getriebschaden« über kurz oder lang unausweichlich scheint.

So wird das nichts mit der allerorten geforderten Wirtschaftsregierung. Die verbindliche Koordination von Haushalts-, Steuer- und Wirtschaftspolitik ist jedoch unabdingbar, um die Geburtsfehler der Währungsunion endlich zu beheben. Der Gewinn neuer Handlungsfähigkeit für Europa wird ohne einen nationalen Souveränitätsverzicht nicht gehen. Eine weitere Abgabe staatlicher Kompetenzen an die EU ohne demokratische Legitimation aber auch nicht. Die erwächst aus einem komplexen Zusammenspiel und einer Partnerschaft zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Die Verantwortung für ein demokratisches Europa muss endlich von den Parlamenten gemeinsam wahrgenommen werden. Was die Staats- und Regierungschefs der Eurozone und ihre Finanzminister können, dazu sollten auch Parlamentarier in der Lage sein: eine engere und wirkungsvollere Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken. Das bisherige informelle Handeln der Staats- und Regierungschefs läuft dem zuwider.

Nicht alle Mitgliedstaaten werden diesen Weg gehen wollen und können. Modelle eines differenzierten Europas gibt es seit langem: Europa der konzentrischen Kreise, verstärkte Zusammenarbeit, Kerneuropa oder Pioniergruppe. Diejenigen, die sich einem integrierten Europa mit starken Gemeinschaftsinstitutionen verpflichtet fühlen, haben dies stets mit besonderem Argwohn betrachtet. Vergessen wir jedoch nicht: Bereits die Währungsunion – und mit ihr der Euro als wirkungsmächtiges Symbol – ist eine weitgehende Form der Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Soll aber die propagierte Wirtschaftsregierung einmal mehr allein von den nationalen Regierungen bestimmt werden? Nein.

Novum Europarlament

Pragmatische institutionelle Lösungen sind vorstellbar. Alle Staaten der Eurozone sind dazu eingeladen, eine neue vertragliche Grundlage zu bilden. Eckpunkte der nationalen Budgets würden genauso vereinbart wie Mindeststandards für soziale Sicherungssysteme und

Beschäftigung, Investitionen in Bildung und Forschung und – schlussendlich – gemeinsame Bemessungsgrundlagen und Korridore für die Besteuerung von Unternehmen. Ein Europäischer Währungsfonds (EWF) könnte den bisherigen Rettungsschirm bzw. den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) ablösen. Gemeinschaftsanleihen, die an strenge Bedingungen geknüpft wären, stünde nichts mehr im Wege. Sanktionsmechanismen bei der Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie weitere Vereinbarungen wären für alle verbindlich und zwingend. Dies läge in den Händen einer Euro-Regierung, die für die exekutiven Befugnisse verantwortlich zeichnet. Sie wäre nicht der willfährige Diener der Staats- und Regierungschefs, sondern würde gewählt und kontrolliert von einem *Europarlament*, das sich zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente derjenigen Staaten zusammensetzt, die sich vertraglich zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik verpflichtet haben.

Neben dieses 300 Mitglieder umfassende parlamentarische Gremium tritt der Rat der zuständigen nationalen Fachminister als Organ der Mitgliedstaaten. Zugegeben wäre diese neue parlamentarische Struktur kompliziert und aufwändig. Aber ein funktionsfähiger Mehrebenenparlamentarismus könnte die bisherigen eklatanten demokratischen Defizite der auf Intergouvernementalismus angelegten Wirtschaftsregierung beheben. Direkt gewählte Europaabgeordnete wären endlich genauso in der Verantwortung wie die nationalen Parlamentarier. Neben ihrer Aufgabe, das europäische Handeln ihrer Regierungen innerstaatlich zu kontrollieren, hätten die nationalen Parlamente erstmals direkte Einflussmöglichkeiten auf der europäischen Ebene, die bislang den nationalen Regierungen vorbehalten war. Statt eines hauptamtlichen Vorsitzenden der Eurogruppe oder eines europäischen Finanzministers von Frau Merkels und Herrn Sarkozys Gnaden gäbe es eine parlamentarisch kontrollierte Regierung, die sich aus wenigen Ministern zusammensetzte. Infrage kämen sicher auch Mitglieder der EU-Kommission, die bislang schon für währungs-, wirtschafts- und haushaltspolitische Angelegenheiten zuständig sind. Mit ihrer Wahl in die Euro-Regierung ließe sich auch auf die Expertise der Kommission zurückgreifen.

Dieser institutionelle Vorschlag kann gegenüber einer grundlegenden Änderung des bestehenden Primärrechts immer nur die zweitbeste Lösung sein. Als langfristiges Ziel bleiben weitreichende Vertragsreformen der



richtige Weg, er erscheint zurzeit aber alles andere als wahrscheinlich. Eine solche Avantgarde von Solidarität und Demokratie wäre kein Kerneuropa. Es macht sich ja nicht an geografischen Grenzen und wirtschaftlicher Stärke fest. Es wäre auch kein »closed shop«. Im Gegenteil wären alle diejenigen zum Mitmachen eingeladen, die nicht nur auf einen stabilen Euro, sondern ebenso auf Wohlstand für alle setzen und demokratisch legitimiertes Handeln gerade in einer globalisierten Welt garantiert wissen wollen. Das gilt umso mehr, als dass die neuen Mitgliedstaaten vertraglich verpflichtet sind, der Währungsunion beizutreten. Ein »opt-out«, den Euro nicht einzuführen, das eine Form negativer differenzierter Integration darstellt, haben nur zwei Staaten: Großbritannien und Dänemark. Schweden ist ein Sonderfall. Die strengen Bedingungen, die zur Aufnahme in die Eurozone zu erfüllen sind, gelten weiter. Allein die Überwachung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hätte jedoch die Krise weder verhindert noch frühzeitige Hinweise auf strukturelle Unzulänglichkeiten einiger Volkswirtschaften gegeben. Spanien und Irland haben nicht gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen, Portugal war kurz davor, das Defizitkriterium einzuhalten, bevor die Finanzkrise 2007/2008 das Weltwirtschaftssystem erschütterte. Vielmehr ist die fehlende Koordinierung der Fehler im System der Währungsunion. Denn statt einer Konvergenz der Volkswirtschaften im Euroraum driftet die Eurozone weiter auseinander. Erste Einsicht ist mit der Einführung der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte eingeleitet. Deshalb ist die Einbindung der zukünftigen Mitglieder der Eurozone auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Besteht damit nicht die Gefahr einer endgültigen Spaltung der EU? Die größten Risiken für ein weiteres Auseinanderdriften Europas liegen in nationalen Egoismen und Verzögerung. Davon darf sich die EU nicht länger bremsen lassen. Bislang ist Europa immer gestärkt aus einer Krise hervorgegangen. Die Chance, dass es auch diesmal gelingt, ist noch nicht verwirkt. Die Tür zu den Vereinigten Staaten von Europa bleibt nach wie vor offen. Mehr Europa wagen? Ja, sicher. Aber dann richtig.

ISBN: 978-3-86872-955-9

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über den Autor:

Michael Roth gehört seit 1998 dem Deutschen Bundestag an. Er ist europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Generalsekretär der SPD Hessen.